



Michael Weitz
Fraktionsvorsitzender

Brühl, den 14.05.2018

Pressemitteilung der SPD-Fraktion

Wohnen in Brühl: SPD-Fraktion fordert umfassendes Handlungskonzept

Die langerwartete Analyse zur Situation auf dem Brühler Wohnungsmarkt liegt seit letzten Herbst vor. Sie beschreibt den Ist-Zustand und macht Prognosen zur Entwicklung der Bevölkerung und dem Bedarf an Wohnraum bis ins Jahr 2035. Die Wohnraumbedarfsanalyse empfiehlt im Wesentlichen, mehr neue Wohnungen zu bauen, stärker geförderten Wohnraum zu schaffen und ausreichend Angebote für ältere Menschen und kleine Haushalte vorzuhalten. „Wir haben jetzt einen klaren Blick auf unseren Wohnungsmarkt. Der nächste Schritt muss sein, dass wir uns politisch auf Ziele verständigen und wie wir diese erreichen wollen“, so Michael Weitz, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Nicht zielführend erscheint es der SPD-Fraktion dabei, nur einzelne Empfehlungen aufzugreifen. Vielmehr fordert sie ein umfassendes Handlungskonzept und dessen konsequente Umsetzung. Die Themenfelder reichen von der Schaffung von Flächenreserven, über die ausreichende Versorgung mit preisgünstigem und preisgebundenem Wohnraum bis hin zu den Möglichkeiten, die der Flächennutzungsplan oder Bebauungspläne für das Erreichen der wohnungspolitischen Ziele bieten. Für die SPD-Fraktion ist es dabei wichtig, dass die zu gehenden Schritte aufeinander aufbauen. „Daher stehen wir auch dem Vorschlag von CDU und Grünen zum teilweise Verzicht auf die Gewinnausschüttung der Gebausie zum jetzigen Zeitpunkt kritisch gegenüber“, führt Weitz weiter aus. „Die Stärkung der Gebausie ist richtig, aber erst müssen wir wissen, wie viel geförderten Wohnraum wir brauchen und wo wir diesen schaffen können.“ Erst danach wäre es möglich zu sagen, welchen zusätzlichen Finanzbedarf die Gebausie hat. CDU und Grüne haben beantragt, dass die Gebausie ihren Wohnungsbestand bis zum Jahr 2030 um rund 420 Wohnungen erhöhen soll und davon bis zu 130 Wohnungen im geförderten Segment entstehen. Dazu soll jährlich auf eine Millionen Euro an Gewinnausschüttung der Gebausie an die Stadtwerke verzichtet werden. Für die SPD-Fraktion steht aber schon jetzt fest, dass diese geringe Zahl an Wohnungen den Bedarf der kommenden Jahre nicht decken wird. Bis zu 40% der Brühler Bevölkerung könnten einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein geltend machen und damit auch auf eine preisgebundene Wohnung. Der Fraktionsvorsitzende Michael Weitz warnt daher: „Wenn geförderter Wohnraum fehlt, ist das kein Problem einer Randgruppe. Wir würden die Gebausie in ihrem Engagement eher begrenzen als stärken“. Brühl stünde dann vor der Frage, wer den weiteren Bedarf decken soll, wenn nicht die städtische Wohnungsbaugesellschaft, so Weitz weiter.

Die Fraktionen von CDU und Grünen sind der Bitte nicht nachgekommen, über ihren Antrag erst abstimmen zu lassen, wenn ein Handlungskonzept verabschiedet ist. Die SPD-Fraktion konnte aufgrund ihrer grundsätzlichen Bedenken nicht zustimmen. Für die kommende Sitzung des Hauptausschusses am 4. Juni 2018 hat die SPD-Fraktion beantragt, dass ein Handlungskonzept Wohnen erstellt werden soll.